

Verbandszeitung

**Studien über die Zeithoheit der Katholiken in Bremervörde, Bremerhaven, Buxtehude und umliegenden Betrieben
und die Auswirkungen des Rechtshandes der Bremervörde- und Wulsdorfer Mühlen im 19. Jahrhundert**

Gefördert: mit finanziell vom Gemeinderat
Besuchspreis: überstellungen: 9 Shillings unter: Zweigkost: 12 Shillings
Eingefangenheit: die Zeichnung ist für die Subventionierung: Zweigkosten: 8 Shillings

Verleger und Herausgeber: Dr. Krieg, Berlin-Schöneberg.
Rebution und Expedition: Berlin, 27, Späthierstraße 6.
Druck: Vermittelt: Einzeldruckerei Paul Singer & Co., Berlin-Charlottenburg.

Infectiionspreis:
Gut: Infekts- oder Art: die gespaltene Stolonetze 2 Mark
für Ede-Sammler und Arbeitsmarkt-Zelle 1,50 Mark

Ergebnis der Urabstimmung über die Verfassung.

Gebiet	Stadt	Wahlkreis	Zahlstellen	Stimmen	Wahl	Gebiet	Stadt	Wahlkreis	Zahlstellen	Stimmen	Wahl	Gebiet	Stadt	Wahlkreis	Zahlstellen	Stimmen	Wahl
Bezirk						Bezirk						Bezirk					
Oldenburg						Neumünster						Ringköring					
Altenfels	21					Schleswig						Ringköring	151	71	222		
Bischofsburg	22					Geesthacht						Worblingen	10	38	43		
Darkehmen	23					Leipzig						Worblingen					
Güting	24	8				Leipzig						Worblingen					
Hövelhof	25					Leipzig						Worblingen					
Königsberg	26					Leipzig						Worblingen					
Memel	27					Leipzig						Worblingen					
Reichenburg	28					Leipzig						Worblingen					
Ortelsburg	29					Leipzig						Worblingen					
Osterode	30					Leipzig						Worblingen					
Wallendorf	31					Leipzig						Worblingen					
Ulfet	32					Leipzig						Worblingen					
Wartenburg	33					Leipzig						Worblingen					
Bezirk Danzig						Leipzig						Worblingen					
Danzig	34	1				Leipzig						Worblingen					
Flotow	35					Leipzig						Worblingen					
Marienwerder	36					Leipzig						Worblingen					
Schlossau	37					Leipzig						Worblingen					
Prangjahn	38					Leipzig						Worblingen					
Bezirk Preußen						Leipzig						Worblingen					
Bernstadt	39					Leipzig						Worblingen					
Diez	40					Leipzig						Worblingen					
Freiburg	41					Leipzig						Worblingen					
Steckmannshof	42					Leipzig						Worblingen					
Sitz	43					Leipzig						Worblingen					
Stiebitz	44					Leipzig						Worblingen					
Stolzenburg	45					Leipzig						Worblingen					
Wittenberg	46					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	47					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	48					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	49					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	50					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	51					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	52					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	53					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	54					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	55					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	56					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	57					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	58					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	59					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	60					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	61					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	62					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	63					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	64					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	65					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	66					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	67					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	68					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	69					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	70					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	71					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	72					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	73					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	74					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	75					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	76					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	77					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	78					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	79					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	80					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	81					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	82					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	83					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	84					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	85					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	86					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	87					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	88					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	89					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	90					Leipzig						Worblingen					
Wittstock	91					Leipzig						Worblingen					
W																	

Möchtest du gern noch folgende Abstimmungsergebnisse eingehauen:

E r t	je	nein	ungültig	zusammen
Landau	12	1	—	13
Gelsenkirchen	6	74	—	80
Witten	7	68	—	75
Coburg	17	—	—	17
Rothenburg o. d. Tauber	11	11	—	22
Schmiedeberg	4	23	—	27
Franzenthal/Grünstadt	7	40	—	47
Gütersloh	20	—	—	20
Neustadt o. d. Haardt	—	26	—	26
Frankfurt	22	—	—	22

Bericht und Schildung.

Die Belhentwertung schreitet fort. Alle Geschäftszweige, alle Haushaltungen, auch der Verbandshausstand wird durch dieselbe empfindlich beeinflusst. Wir merken das an jeder der Verbandsfamilie zugehörenden Rechnung nur zu deutlich. Aber nicht nur das. Fast bei jedem Streit wurde über die gezahlten Streitunterstützungssätze lebhaft geklagt. Es ist richtig, dass heute mit 100% Streitunterstützung nicht ent-

fernt das anzusagen ist, was in der Kriegszeit mit einigen 20 M^t. Dabei sind die Streikunterstützungsfächer unseres Verbandes gemessen an dem Verbandsbeitrag, die höchsten Streikunterstützungsfächer überhaupt.

Die Ursache, daß unser Verband bei Streit nicht nach höhere Unterstützungsfälle zahlen kann, liegt darin, daß unser Verbandsbeitrag mit der Geldentwertung nicht gleichen Schritt gehalten hat. Um es offen auszusprechen: Unsere Mitglieder zahlen zurzeit die niedrigsten Beiträge von

fast allen Verbänden, die meistens meistigsten Beiträge gegenüber ihren Gemeinschaftsgenossen mit gleichem Verdienst. Eine Reihe Verbände sind dabei, ihre Beiträge weiter zu erhöhen. Während in der Vorkriegszeit unsere Mitglieder überwiegend ihren Verdienstes an die Verbandskasse in Form von

2. Prinz ihres Verdienstes war die Verhandlungslage in Verteilung der Verbandsbeiträge; schufen sie heute: zum allergrößten Teil %, höchstens aber 1 Proz. ihres Verdienstes an die Verbandskasse ab; sie arbeiteten in der Vorfrühszeit 1 Stunde für ihren Verbandsbeitrag der heutige Wochen-

beitrag beträgt nur die Hälfte bzw. $\frac{1}{3}$ eines Stundenverdienstes. Auf diesem Misverhältnis krankt unser Verbandsbuchhalt seit Jahren. Dieses Misverhältnis möglichst bald und gründlich zu befechten, den Verbandsbeitrag möglichst in das Verhältnis zum Lohn wie in der Kriegszeit zu bringen, das wird Aufgabe des Verbandsbeirates unzweckmäßig seines nächsten Sitzung sein müssen. Analog dieser Anpassung, wenn auch nicht sofort mit der Einhebung der erhöhten Beiträge, werden auch die Klagen der Mitglieder wegen der zu niedrigen Streitunterstützung behoben werden können.

Büschristen an den Verbandsvorstand sowie Beschlüsse von Büchstaben auf wesentliche Erhöhung der Lokalbeiträge lassen erkennen, daß man in Mitgliedskreisen das Misverhältnis erkannt und sich auf eine wesentliche Beitrags erhöhung bereits vorbereitet hat. Man verlangt bis zu einer Verdoppelung der Beiträge, um bis zum Inkrafttreten der erhöhten Unterstützungsätze die Verbandsfinanzen möglichst gründlich zu sanieren und damit die Schlagkraft unseres Verbandes zu erhöhen und zu sichern. Dieser Gedankengang kann sich der Verbandsvorstand durchaus anschließen; der Verbandsbeirat wird nicht umhin können, bei seiner Entscheidung diesen gefundenen Grundsatz sich zu eignen zu machen.

Wehrfach wird dem Vorstand der Vormund der Unterlassung gemacht; er hätte sollen die Beitragserhöhung früher veranlassen. Dieser Vormund erfolgt zu unrecht. Der Verbandsbeirat hat auf seiner letzten Tagung auf Sanierung unserer Verbandsfinanzen abzielende Anträge abgelehnt, und zwar in Rücksicht auf die schwedenden Verhandlungen wegen der Verschmelzung. Ganz abgesehen davon, daß die in dem vorgelegten Satzungsentwurf vorgesehene Beitragsgliederung nicht ganz in unseren Organisationsrahmen hineinpasst, so erschien unseren Mitgliedern vor allem die dort vorgesehene Streitunterstützungsgröße als zu niedrig. Doch wir aber nicht erst höhere Unterstützungsätze beschließen und einführen können, um sie dann bei der Berichtigung wieder wesentlich abzubauen, ist für jeden mit den Gewerkschaftsfragen Vertraut ein weiteres verständlich. Der Gedanke, die im Satzungsentwurf vorgesehene Streitunterstützungsgröße dem Verhältnis unserer derzeitigen Höhe anzupassen, war deshalb nicht zu verwirklichen, weil sonst die Lebensfähigkeit der neuen Organisation von vornherein in Frage gestellt gewesen wäre. Diese durch die Verschmelzungsvorhandlungen geschaffene Situation war der Grund der Verzögerung. Longer könnten wir aber nicht mehr warten und es muß nun unverzüglich an den organisatorischen und finanziellen Ausbau des Verbandes herangegangen werden. Unsere Kollegen gehen schweren wirtschaftlichen Kämpfen entgegen. Dieselben sind näher gerückt, als es monder ahnt. Wir hoffen zuversichtlich, daß der Verbandsbeirat diese Gefahr voll erkennt wird und Weichtheile sucht, die es ermöglichen, in bezug auf Kapazitätsschlechtigkeit und Stotzfrage des Verbandes wieder mit an der Spitze der deutschen Gewerkschaften zu marschieren.

Eine weibliche Stimme zur Finanzreform.

Auch Bekanntwerden der Erklärung Englands, daß es die Entschiedenheit des Obersten Rats über Überfließen unabdingt überzeugen würde, hat sich das Tempo des Widerstrebens noch außerordentlich versäumt.

Die deutsche Mark fällt ins Bodenlose, der Dollar kostet heute schon in Donzig 192 M. Was bedeutet das für die Arbeiterschaft? Nichts anderes als weitere Verschlechterung unserer gesamten Lebenshaltung. Die kapitalistischen Kreise werden jetzt den schon ja oft angekündigten Ausverkauf vornehmen, um sich mit Kleidung und Bedarfsgegenständen, die sie benötigen oder nicht benötigen, für die jetzt noch annehmbaren Preise einzudecken. Und wir, die abgerissen sind, und immer noch glaubten, die Zeiten würden sich bessern und wir auch in die Lage kommen, uns das Notwendigste anzuschaffen, wir werden dann, wenn wir nicht nach und herjagd gehen müssen, hungrig müssen, um uns etwas auf den Leib kaufen zu können.

Die Arbeitgeber, denen wir nichts mangelt, werden wie immer, was wir die Absölle, die von ihren reichbegüterten Töchtern fallen, geben wollen.

Die wirtschaftlichen Ränke werden zweifellos schärfer werden kommen, und es wird nur diejenige Arbeiterschaft mehr von diesen Abfällen erhalten, die die bestensorganisierte Organisation besitzt.

Es steht fest, daß unsere Organisation für ihre Mitglieder in letzter Zeit große Erfolge bringen konnte.

Wird das in Zukunft möglich sein, ohne eine ganz erhebliche Erhöhung des Verbandsvermögens?

Sie als Arbeiterin, die noch in der Gewerkschaftsbewegung in Kinderhänden steht, habe mich so oft damit beschäftigt, und bin immer wieder zu dem Ergebnis gekommen, daß das jetzige Verbandsvermögen uns nicht genügt, größere Lohnkämpfe zu führen.

Des Beprobten, Begriffs- oder sogar Reichsministeriums, könnte uns doch unter Umständen in Lohnkämpfen größeren Erfolgen verhelfen.

Und da heißt es Vorsichtsmassregeln treffen.

Bisher ist in dieser Beziehung wenig geschehen, und was die Ratsitzungen und auch unsere 1.2. Wirtschaftskommunion am 16. Januar über die Beitrags erhöhung geschlossen hatten, ist nichts Vollkommenes.

Geschahs hatte man sich denn gezeigt, gleich ganze Arbeit zu verrichten?

Sehr ungern, waren unsere männlichen Kollegen im Verbandsbeirat, als sie die Vorlage uns zur Wirtschaftskommunion unterbreitet haben.

Die Arbeiterväter, die schon den gewerkschaftlichen Gedanken in uns entzündeten haben, sind bereit, unsere Organisation lebensfähig zu erhalten, daselbe müssen wir von unseren männlichen Kollegen verlangen.

Es kann nicht angehen, daß die männlichen Kollegen für immer noch darum drängen, mindestens einen Stundenlohn als Nachentlastung zu entrichten.

Sie sieht es dann jetzt mit der Beitragszahlung aus? Wer über 100 M. pro Woche verdient, zahlt einen Verbandsbeitrag von 2 M., dazu Zulagezuschlag von 50 M. oder 1 M. insgesamt 2,50 resp. 3 M., wer über 200 M. verdient, zahlt einen Verbandsbeitrag von 3 M. ausreichend Zulagezuschlag, wer über 300 M. oder 400 M. verdient, zahlt doppelt als derjenige, welcher über 200 M. verdient.

Verdient eine Arbeiterin über 200 M., so zahlt sie dieselben Beiträge wie ein männlicher Kollege.

Das sind unhaltbare Zustände, die eine Gefahr für unsre Organisation bedeuten, wenn diese den kommenden Anforderungen nicht mehr gerecht werden kann.

Man wird bei der nächsten Beitragserhöhung das gut machen müssen, was bisher versäumt wurde, und schlage ich vor, daß sich die Wochenbeiträge automatisch mit jeder Erhöhung der Wochenlöhne um 50 M. pro Woche um 1 M. erhöhen. Es kann meines Erachtens auch gar nicht anders sein, denn mit jeder Erhöhung unserer Lebenshaltung erhöhen sich auch die Verwaltungskosten unseres Organisationsapparates.

Diese müssen mit gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge wettgemacht werden.

Die Erhöhung der Beiträge für die Organisation ist genau so notwendig wie die Erhöhung unserer Löhne.

Wer nicht gewillt ist, höhere Beiträge zu zahlen, der muß auf höhere Löhne verzichten.

Ein jedes Mitglied muß bei jeder Lohnbewegung wissen: Errichten wir durch unseren Zusammenschluß in der Organisation 50 M. an Lohn mehr, so haben wir an Verbandsbeiträgen 1 M. mehr zu entrichten.

Aber auch die lokalen Ausgaben jeder größeren Zahlstelle erhöhen sich infolge der Versteuerung der gesamten Lebenshaltung, und es muß auch diesen durch eine Erhöhung der Lokalbeiträge Rechnung getragen werden.

Wenn ich als Kollegin zu dieser Erkenntnis gekommen bin, so muß ich von meinen männlichen Kollegen doppelt verlangen, daß sie der Ernst der Situation erst recht früh genug erkennen und recht bald die noch verhältnismäßig niedrigen Beiträge so erhöhen, daß wir allen kommenden Widersprüchen mit Ruhe entgegensehen können.

Gertrud Lengenfeld.

Die ökonomische Krise Deutschlands.

Von Zicker, Leipzig.

Die innerpolitische Krise, welche Deutschland gegenwärtig durchlebt, hat ihre Wurzeln in den Klauseln des Versailler Friedens und des Londoner Ultimatums. Diese unerfüllbaren Bedingungen, die zu erfüllen wir gegenwärtig im Begriff stehen, verlangen von uns ungeheure wirtschaftliche Opfer. Neben das Ausmaß der wirtschaftlichen Anstrengungen hat man sich aber in vielen Kreisen, namentlich auch des gewerkschaftlich organisierten Volkes, noch keine Rechenschaft abgelegt. Die zunehmende Geldentwertung prägt sich in einer täglich steigenden Tendenz immer mehr aus, welche die wirtschaftliche Auflösung derart beschleunigt, daß auch das Ausland, vor allem Amerika durch den Finanzmann Vanderbilt, Deutschlands Notlage unumwunden erkennt.

Vom Kriegsbeginn bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages (1920) hat die deutsche Währung sich konstant verschlechtert. Je mehr die Mark fiel, desto eifriger befürzte man sie mit dem Valutaproblem. Die Lösung wurde ganz allgemein darin erblüht, Mittel für eine möglichst schnelle und gründliche Erhöhung des Marktpfades zu finden, denn nur so glaubte man der Tevernung und damit der sozialen Unruhe steuern zu können. Von März bis Juni 1920 stieg plötzlich ohne besonderen Eingriff, erst allmählich, dann aber rapid der Wert der Mark, während der Preis des Dollars in Deutschland von 105 auf 35 M. sank. Die Folge war eine Verringerung der Einnahmen der kleinen und mittleren Existenz. Es verteuerte die Valutaentwertung die deutschen Waren für das Ausland, modifizierte die Ausfuhr abnahm. Im Innern sah ein Kaufstreik ein, dessen nächste Folge eine allgemeine Betriebs einschränkung bedenklichen Umfangs war.

Betrachten wir als Arbeiter diese Erscheinung, wie es die ökonomische und politische Lage der Welt am Ende des dritten Nachkriegsjahrs für uns erfordert, so zeigt sich schon bei oberflächlicher Betrachtung ein sehr enger Kontakt zwischen Valuta und Arbeitslosigkeit. Das Steigen der Valuta vom März bis Ende 1920 löste ein gleichzeitiges Steigen der Arbeitslosigkeit um nahezu 120 Proz. aus, während umgekehrt das Sinken der Valuta von Juni bis August 1921 ein sogenes Sinken der Zahl der Arbeitslosen zur Folge hatte. Das Sinken der Zahl der Arbeitslosen erwiedert bei den Arbeitern — und auch unter den Kollegen unseres Verbandes, wie ich bei vielen in Gesprächen über dieses Problem feststellen konnte — der Glauben, es stände um den Arbeitsmarkt gut. Wir sehen aber aus diesem dialektischen Prozeß, daß das deutsche Valutaproblem der Grodmesser ist für die Vereidigung der Arbeiterklasse. Je mehr die Verschlechterung der Valuta auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit bei geheimer Export mit sich bringt (eine Tatsache, die die politisch unbemerkte Kasse begüßt), desto gewaltiger die Konzepte, die sie innerstaatlich zur Folge hat. Es sei mir an die Tevernung mit ihren unübersehbaren Folgen für die Arbeiter erinnert, welche noch schwere Lohnkämpfe auslösen werden. Ferner hat die Industriebelebung, die sich auf die Valutaentwertung gründet, eine trügerische Sicherheit mit einer medizinischen Injektion, bei welcher die Wirkung auch nur eine vorübergehende ist, um desto schneller den Zusammenbruch zu bringen. Ein Kurs von 75 bis 102 und mehr Mark für den Dollar, wie er sich vom August 1921 bis jetzt zeigt, wirkt so lange exportfördernd, als die Betriebskosten im Innern der verringerten Kaufkraft der Mark noch nicht angepaßt sind. Dieser Vorprung wird sich aber einmal schnell verringern, wenn mit der täglichen Rückerhaltung der Lebenskosten eine Liquidation der Zwangsarmut erfolgen wird. Das Auf und Nieder, die Kurve der Lebenshaltungskosten, kann man aus den Ziffern des Statistischen Reichsamtes monatlich ersehen, wo auf Grund der Erklärung über die Höhe der Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung und Wohnung die Beweinung verzeichnet wird. Aufsteigend vom Januar 1920 bis Mai 1920, senkte sie sich bis September, um dann aber, erst langsam bis Juni 1921, schließlich bis September 1921 sehr stark zu steigen. Die Steigerung der Brotpreise, die Preiserhöhung aller anderen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, der zu erwartende Kohlenpreisanstieg bringt eine schwere Belastung der gesamten Lebenshaltung millionenfachreiter Säichten, die ihren Höhepunkt in den neuen Steuern, welche die Regierung dem Reichstag zum Beschluß vorgelegt hat, erreichen wird.

So leben wir in dem Stadium einer allgemeinen Weltwirtschaftskrisis. Während das Jahr 1919 die Zeichen einer Prosperität trug, deren absteigender Ast durch die Krise in Japan angezeigt wurde, vollzog sich im Jahre 1920, zuerst in Amerika, seit Mitte des Jahres in zunehmendem Maße auch in den europäischen Staaten, vor allem in England, ein schneller Rückgang der wirtschaftlichen Konjunktur, welche sich im Stillen einer Menge von Betrieben, einer in die Millionen steigenden Arbeitslosigkeit ausläßt. Um so merkwürdiger ist es, daß gerade Deutschland gegenwärtig, im Gegensatz zu anderen Ländern, eine Zeit der Hochkonjunktur auf dem Gebiete der Textilindustrie, Maschinen-, Motoren- usw. Fabriken aufweist. Die Arbeitslosigkeit geht, wie schon erwähnt, zurück, aber die Wiederbelebung des Wirtschaftslebens ist keine gesunde, sondern, wie schon die berüchtigten Hamstereinkäufe wieder zeigen, es wird die gegenwärtige Konjunkturperiode schwere Nachteile im Gefolge haben, deren Kulminationspunkt in Betriebs einschränkungen, ja sogar in Betriebsstillstand liegt, weil infolge der Überfütterung die Nachfrage aufhört und somit der Absatz der produzierten Waren stopt. Hierzu gesellt sich die fortwährende Geldentwertung und der Notenumlauf. Die Staatschuld Deutschlands beträgt zurzeit 250 Milliarden. Der Notenumlauf beträgt 81 Milliarden, davon haben wir nur 5 Milliarden Gutes. Da der innere Wert der Mark gegenwärtig 4—5 Pf. beträgt, glaubt man auch noch, diese Tatsache auszubeuten zu wollen mit dem Hinweis, Deutschland besitzt den enormen Vorteil, eine vollständig entwertete Valuta zu besitzen, und dadurch kommen wir in die Lage, auf Kosten der Verarmung, des Produktionsapparats, der ganzen Wirtschaft den Franzosen, den Engländer zu billigen Preisen die Waren zu liefern? Diese Analyse ergibt, daß die Schleuderkonkurrenz, diese Währungs- und Finanzpolitik eine gewaltige werden wird, da bei dem allgemeinen Stand der Volkswirtschaft eine Rückkehr zu geordneten Verhältnissen des Geldmarktes und der staatlichen Finanzen völlig ausgeschlossen ist. Und das gewaltsame Ende dieser Entwicklung ist schließlich nichts anderes, als zu sagen, den Staatsbankrott werden die Herren mit Moral oder ohne Moral halt doch machen müssen.

Damit kommen wir zur Frage der Behauptung von der Wiederherstellung des sozialen Gleichgewichts. Nun, würde die Wiederherstellung des Gleichgewichts des Kapitalismus zustandekommen, wenn nicht in diesen sozialen Momenten die Momente des Klassenkampfes in diesem grausamen Spiel dazukommen? Wenn die Arbeiterklasse Deutschlands all die Experimente des Kapitalismus zur Wiederherstellung seiner normalen inneren Verhältnisse über sich ergehen läßt, so bedeutet es, daß im Laufe von 15 bis 20 Jahren in Deutschland 9—13 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen vernommen werden. Denn die Emigration nach dem Ausland wird im Laufe der nächsten Jahre, mit dem Sicherheitsventil der Emigration vorbei sein. Eine Generation wird verkümmern und es wird sich ein neues Gleichgewicht der kapitalistischen Welt herausbilden mit Amerika als der leitenden Macht der Welt. Eine verkümmerte europäische Zivilisation im Rahmen dieses neuen wiederhergestellten Kapitalismus. Ist das ausgeschlossen? Theoretisch gesprochen: nein! Wenn wir das Instrument des Klassenkampfes außer acht lassen, so wird die Automatik des kapitalistischen Gesellschaft dazu führen. Und ein sehr gescheiter reaktionärer deutscher Professor, Otto Hötsch, schreibt in seinen Schilderungen über die ökonomische Situation: „Wir werden jetzt zu Lohnkürzungen kommen müssen oder zu Arbeitszeitverlängerungen. Die Arbeiter werden sich das nicht gefallen lassen, sie werden protestieren, sie werden in Streiks eintreten. Das ist eine unabwendbare Entwicklung, die wir kapitalistische Automatik oder kapitalistische Exploitation nennen, ist gleichgültig. Automatik wird es werden, wenn sich die Arbeiter durch Führer, welche eine Koalition mit Stützen guthießen und befiehlten, führen lassen. Exploitation wird es werden, wenn die Arbeiterklasse durch eine lebendige Organisation mit Führern an der Spitze geführt werden, die den Willen zur Tätigkeit befinden, indem sie in der Schaffung von Industrieverbänden an die Aufgabe herangehen, den Produktionsprozeß in Ordnung zu bringen. Daraus wird dieser Prozeß ein ganz anderes Gesicht bekommen: Akkumulation des Kapitals, Produktivität der Arbeit.“

Gegen den Lebensmittelwucher.

Der preußische Minister des Innern, Dominicus, hat am 23. September einen Erlass an die Oberpräfidenten gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, auf die ihnen unterstehenden Polizeiorgane einzutwirken, daß diese dem Bucher mit Lebensmitteln aller Art ihr ganz besonderes Augenmerk zuwenden sollen. Es sollen „die Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere der Lebensmittel, einer eingehenden und fortlaufenden Überwachung“ unterzogen werden. Die Zukäufigkeit der Preistreibereien ist durch Prüfung der Ein- und Verkaufspreise fortlaufend zu prüfen. Es soll weiter auch festgestellt werden, ob bereits früher bezogene und billiger eingekaufte Waren zurückgehalten und jetzt zu überhöhten Preisen verkauft werden. Solchen Wachstumsfaktor soll unter allen Umständen nach Maßgabe der Verordnung gegen Preistreiberei (Wucherverordnung) entgegengesetzt werden. Die Strafbeamten sollen möglicherfalls durch besondere Unterweisung auf diesen Dienst eingestellt werden. Sie sollen auf den Wunsch der Ladenpreise achten und in jedem Falle, wo nach ihrem Urteil Preistreiberei vorliegt, Anzeige erstatzen. Ebenso sollen sie ihnen zugehörenden Mitteilungen und Beschwerden aus den Kreisen des laufenden Büchstums nachgehen.

Angeknüpft an die gegenwärtigen geradezu wahnsinnigen Preistreibereien ist diese Verordnung ganz besonders am Platze. Das ergibt sich allein schon daraus, daß das genannte Ministerium aus Händler- und Produzentenkreisen geradezu bestimmt wird, die Verordnung zurückzuziehen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Aber wenn das Ministerium nicht doch noch in seiner bisherigen Haltung wandeln werden soll, dann ist es notwendig, daß auch die Konsumenten sich rühren und durch Anzeige jedes einzelnen Falles vor Preistreiberei an die örtlichen Behörden den Beweis für die Notwendigkeit der Verordnung bzw. ihrer Aufrechterhaltung erbringen. Es ist vielleicht auch zu empfehlen, daß die Ortsausschüsse das einschlägige Material sammeln und dem genannten Ministerium einreichen. Zurzeit sind es besonders zwei Artikel für den Massenbedarf,

